

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion **Roten**burg an der Fulda



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Sehr geehrte Damen und Herren,

Bevor ich zu unserer eingebrachten Resolution und der geänderten Sachlage Stellung nehmen, erlauben Sie mir zur Vollständigkeit einen kleinen geschichtlichen Rückblick. Am 7. Februar vor vier Jahren haben alle Fraktionen im Stadtparlament für den Erhalt des BWStandortes Rotenburg vor der Alheimer-Kaserne protestiert. Auch Herr Bürgermeister Grunwald, der eigentlich, die, ich zitiere „never ending Story“ der Kaserne nicht weiter fortsetzen wollte, hatte mitprotestiert und wollte die sinnlose Steuerverschwendung stoppen. Insgesamt haben sich zu seiner Zeit 2994 Menschen in Unterschriftenlisten, 2290 Menschen in einer Onlinepetition gegen die Entscheidung der damaligen und heutigen Verteidigungsministerin von der Leyen ausgesprochen. Diese Unterschriftenliste wollten sie, Herr Bürgermeister, laut Ihrer Aussage bei dem Protest am 7. Februar dem Verteidigungsministerium vorlegen, sie wollten sogar persönlich nach Berlin fahren, wenn es nötig sei und die Unterschriften vorlegen. Jedoch ist nach unseren Recherchen zufolge keine der Unterschriftenlisten im Verteidigungsministerium oder bei dem Wehrbeauftragtem angekommen?!! (Schreiben BMV Herr Michels vom 14 Juni 2007 [18820423-V12-] sowie Schreiben vom Wehrbeauftragten Regierungsrat Herr Kunz vom 9. Oktober 2015[WB6]).

Die Entscheidung von Frau von der Leyen CDU stand sodann fest! Die Kaserne wurde trotz 40-Millionen-Sanierung für die Bundeswehr geschlossen. Seit Sommer 2015 wurde in der Alheimer-Kaserne eine Erstaufnahmeeinrichtung für Menschen, die aufgrund von Kriegen sowie politischer oder religiöser Verfolgung fliehen mussten, betrieben. Laut Aussage des hessischen Sozial- und Integrationsministers Stefan Grüttner haben sich aber in den vergangenen Monaten die Zugangszahlen der Flüchtlinge weiter auf niedrigem Niveau verstetigt. Seit Beginn des Jahres 2018 haben rund 2.250 Personen in Hessen (Stand 05.07.18) um Asyl nachgesucht, so dass sich in Folge des niedrigeren Zugangs die Belegung in allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen stark reduziert hat. Dies spiegelt auch die aktuelle Belegung der Alheimer-Kaserne wider. Laut dem hessischen Finanzminister Schäfer gehen die Auslastungszahlen in den Erstaufnahmen zurück, auch in Rotenburg. Die frühere Alheimer-Kaserne ist aktuell zu 35 Prozent belegt. Zeit um sich über eine Konversion der Alheimer-

Kaserne Gedanken zu machen!! Laut einer kleinen Anfrage (DS19/6204) des Landtags-Abg Dieter Franz vom 23.3.2018 betreffend der Planungsschritte für die Ortsumgebung B 83 Lisperhausen und die dritte Fuldabrücke in Rotenburg betonte der Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir klipp und klar, dass ein weiterer Planungsauftrag erst erteilt wird, wenn eine Entscheidung über die finale Nutzung des Konversionsstandorts "Alheimer Kaserne" getroffen ist. Bei der Frage der OU Lisperhausen, bei der Frage der dritten Fuldabrücke, bei der Frage der zukünftigen Stadtentwicklung Rotenburgs spielt die Nutzung der Alheimer- Kaserne eine entscheidende Rolle meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die SPD hat daraufhin die Ihnen vorliegende Resolution verfasst. Auf Nachfrage der örtlichen Zeitung hat selbst der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer eine Nutzung der Alheimer-Kaserne für die Zukunft als Lerninfrastruktur und Unterkunftsmöglichkeit der Finanzfachhochschule zu dieser Zeit nicht ausgeschlossen (HNA v. 23.02.18). Auch der Herr Bürgermeister Grunwald hat in seinem Bürgermeisterwahlkampf damit geworden. Auch Rücksprachen mit der Finanzfachhochschule zeigten uns, dass die Idee die Nutzung der Alheimer-Kaserne als Unterkunfts- und Lerninfrastruktur sinnvoll sei. Uns war es nicht ersichtlich, dass eine Anmietung von Hotels, Kreisjugendhof HKZ BKK und auch eine räumliche Erweiterung an anderer Stelle in Zusammenarbeit mit einem Investor für das Finanzministerium wirtschaftlich günstiger ist, als die Lerninfrastruktur und die Unterkunftsmöglichkeiten der Alheimer Kaserne zu nutzen. Die getätigte Aussage des Zentralabteilungsleiters des hessischen Ministeriums für Finanzen, Herr Hohmann in der Ausschusssitzung am Dienstag, dass das Studiums Zentrum die Alheimer-Kaserne nicht benötigt, müssen wir sodann akzeptieren! Jedoch stellte Herr Hohmann die Überlegung an, zu prüfen, inwieweit weitere Ausbildungsbereiche der Landesverwaltung in Rotenburg angesiedelt werden können. Zwar erwähnte er die Überlegung für den Fall das Rotenburg nicht zum Standort für die Zollschule gewählt wird, es spricht aber nichts dagegen das Land Hessen weiterhin in Verantwortung zu nehmen, damit es Rotenburg als Bildungsstandort und damit den ländlichen Raum stärkt und ausbaut. Deshalb erachten wir es für besonders wichtig, diese Überlegung von Herrn Hohmann aufzugreifen und sich dafür einzusetzen weitere Ausbildungsbereiche der Landesverwaltung nach Rotenburg zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist die SPD besonders über die kürzlich getätigte Aussage des Ministerpräsidenten Bouffier besorgt, ich zitierte: „Ich will in der Kaserne eine Einrichtung, die dauerhaft bleibt.“ Eine Einrichtung, die dauerhaft bleibt!! Wir hoffen an dieser Stelle nicht,

dass diese Aussage genau so viel Wahrheit beinhaltet, wie die Versprechungen die Bouffier 2012 über die dritte Fuldabrücke getätigt hat. Wir wollen nicht, dass sich das Land mit einer von uns verabschiedeten Resolution aus der Verantwortung nimmt. Falls Plan A scheitert kann nach unserer Meinung Plan B greifen. Uns ist es wichtig ist eine langfristige und sinnvolle Nutzung der Alheimer-Kaserne zu finden. Daher sollten wir alle Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Fest steht aber auch, dass wir unser Ziel erreicht haben. Aufgrund unserer Initiative diskutieren wir heute Abend zusammen über die Zukunft einer langfristigen und sinnvollen Nutzung der Alheimer Kaserne über die Zukunft des vielleicht auch vom Land aufgestockten Bildungsstandortes Rotenburg, über die Zukunft des Stadtumbaus und damit einhergehend auch die OU Lisperhausen und die dritte Fuldabrücke. Aufgrund der geänderten Sachlage beantragen wir unsere Resolution wie folgt abzuändern:

„Resolution für eine zukünftige Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter in der Alheimer-Kaserne sowie eine etwaige zukünftige Ansiedlung von hessischen Landesbehörden in Rotenburg an der Fulda als Stärkung des ländlichen Raumes“

Der Beschluss der Resolution soll wie folgt lauten:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rotenburg an der Fulda fordert den Magistrat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Alheimer-Kaserne zukünftig als Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter genutzt wird. Im Zuge dieser Konversionsbemühungen wird weiterhin der Magistrat beauftragt zusammen mit dem Land Hessen, zu prüfen, inwieweit weitere Ausbildungsbereiche der hessischen Landesbehörden, zur Nutzung von Synergieeffekten im Rahmen eines „kombinierten Campuses“, in den Bildungsstandort Rotenburg an der Fulda zu verlegen sind.

Zur Begründung:

Um den Bildungsstandort Rotenburg und damit auch den ländlichen Raum zu stärken, spricht sich die Stadtverordnetenversammlung auch dafür aus im Rahmen eines „kombinierten Campuses“ neben der möglichen Zollschule, dem vorhandenen Hessischen Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz eine Ansiedlung weitere Ausbildungsbereiche der hessischen Landesbehörde zu unterstützen und sich dafür einzusetzen. Durch viele Überschneidungen der inhaltlichen Ausbildungsthemen der Landes- und Bundesbehörden können durch weitere Ansiedlungen von Bundes bzw. Landesbehörden im Rahmen eines kombinierten Campuses in Rotenburg an der Fulda Synergieeffekte optimal und effizient genutzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung favorisiert deshalb die Umnutzung der vom Land Hessen angemieteten Alheimer-Kaserne als Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter und sieht aufgrund signifikanter Synergieeffekte eine Ansiedlung von weiteren Ausbildungsbereichen der hessischen Landesbehörden in den Bildungsstandort Rotenburg als eine massive Stärkung des ländlichen Raumes an. Deshalb wird der Magistrat beauftragt zum einen zusammen mit dem Land Hessen, zu prüfen, inwieweit weitere Ausbildungsbereiche der hessischen Landesbehörden in den Bildungsstandort Rotenburg an der Fulda zu verlegen sind und zum anderen sich dafür einzusetzen, dass die Alheimer-Kaserne zukünftig als Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter genutzt wird.

Ich bitte daher um Zustimmung der geänderten Resolution.



Sebastian Münscher
Fraktionsvorsitzender